

## **Ein Jahr nach dem Anschlag von Halle – Gedenken muss zu Handeln führen**

Beschluss der 2. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 11. Oktober 2020 in Plötzky

Vor einem Jahr nahm ein Antisemit, Rassist und Frauenfeind zwei Menschen das Leben und veränderte das vieler anderer für immer. Wir gedenken der beiden Todesopfer Jana L. und Kevin S., unsere Gedanken sind bei ihren Familien und Freunden. Wir denken an die Verwundeten und an die Überlebenden des Anschlages von Halle und wünschen Ihnen viel Kraft für den andauernden Prozess und die Bewältigung des Erlebten. Ihnen gilt unsere Solidarität.

Der Anschlag von Halle kam nicht aus heiterem Himmel. Fehlender Polizeischutz für die Synagogen in Sachsen-Anhalt, die systematische Unterschätzung der Gefahr rechten Terrors, weit über die extreme Rechte hinaus verbreiteter und akzeptierter Antisemitismus und Rassismus und eine Partei, die als parlamentarischer Arm rechten Terrors agiert müssen als seine zentralen Voraussetzungen gesehen werden.

75 Jahre nach dem Ende des Naziregimes stellen sich Jüdinnen und Juden wieder die Frage, ob sie eine Zukunft in diesem Land haben. Das ist nicht nur unerträglich – darin liegt auch ein Auftrag zum Handeln. Denn die Voraussetzungen rechten Terrors sind keineswegs beseitigt, sie sind noch nicht mal von allen anerkannt.

Ein Jahr nach dem Anschlag von Halle verweisen insbesondere die Aussagen von Überlebenden im Prozess und die von Polizist\*innen im Untersuchungsausschuss, aber auch der Blick darauf, wer eigentlich im Zentrum offizieller Gedenkakte steht, auf ein nicht hinnehmbares Missverhältnis zwischen den Analysen der Betroffenen und denen der Verantwortlichen.

Von gesellschaftlicher Aufarbeitung sind wir ebenso weit entfernt wie von der notwendigen grundlegenden Veränderung der Arbeit der Sicherheitsbehörden in Bezug auf rechten Terror und rechte Gewalt.

Dass Überlebende vom Ministerpräsidenten des Landes salbungsvolle Worte über Versöhnung hören müssen, dass der Innenminister, der bis heute weder um Verzeihung für fehlenden Polizeischutz noch für die Einschätzung, niemand habe etwas falsch gemacht, gebeten hat, dafür aber öffentlich den Schutz der jüdischen Gemeinden gegen Schutzinteressen der Mehrheitsbevölkerung stellt und aufrechnet, dass im Landtag zwar viele Reden gehalten, aber wenig konkrete Maßnahmen beschlossen wurden, – das alles zeigt das Versagen der Landesregierung im Kampf gegen Antisemitismus und ist nicht hinnehmbar. Wer Gedenken ernst meint, muss den Worten auch konkretes Handeln folgen lassen. Die Aufgabe der LINKEN ist es, dies einzufordern und auf allen Ebenen mit Leben zu erfüllen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Betroffenen rechter Gewalt und den Tätern unversöhnlich entgegen – auf der Straße, in Bündnissen und in den Parlamenten. Wir werden weiter dafür kämpfen, die strukturellen Defizite im staatlichen Kampf gegen Rechts nicht nur

zu benennen, sondern auch zu beseitigen. Wir widersetzen uns auch in Zukunft der infamen Gleichsetzung von Rechts und Links. Wir streiten gleichermaßen für die Aufdeckung und Zerschlagung rechter Netzwerke in Polizei und Sicherheitsbehörden wie für die konsequente Entwaffnung von Neonazis. Wir widersprechen wenn antisemitische, rassistische oder andere menschenfeindliche Hetze laut wird und wir fordern staatliches Handeln ein, dass die Betroffenen schützt, statt sie zu Verdächtigen zu machen.

Der Kampf gegen jeden Antisemitismus ist gerade für uns als LINKE nicht verhandelbar, ist Auftrag, Verpflichtung und Bedürfnis zugleich und untrennbar mit unserem antifaschistischen Selbstverständnis verbunden.